



BAG ASD

POSITIONSPAPIER der BAG ASD in Zusammenarbeit mit dem Vorbereitungsgremium des Expert*innenrat 2025

Die Lage ist ernst

Die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland steht vor einem Wendepunkt: Fachkräftemangel, steigende Arbeitsbelastung, wachsende soziale Probleme und drohende Einsparmaßnahmen gefährden zentrale Aufgaben des Staates – **den Schutz und die Teilhabe junger Menschen**. Jugendämter, freie Träger und Fachkräfte melden Überlastung, fehlendes Personal, abnehmende Qualität und wachsendes Risiko im Kinderschutz. In vielen Kommunen wird über Kürzungen diskutiert – ausgerechnet in einem Bereich, der existenziell für das Vertrauen in den Staat ist und in dem Einsparungen rechtswidrig sind. Schließlich wird in der Begründung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes betont, dass „die Auswahl der einzelnen Hilfeart [...] sich ausschließlich an pädagogischen Gesichtspunkten, insbesondere am erzieherischen Bedarf im Einzelfall, zu orientieren [hat]“ (BT-Drucksache 11/5948, S. 67), und Wiesner sowie Schmid-Obkirchner hervorheben, dass „Praktiken, nach denen sich Vorgesetzte (Abteilungsleiter, Jugendamtsleiter, Dezernenten oder Landräte) – ggf. sogar aus fachfremden Erwägungen – ein generelles Letztentscheidungsrecht vorbehalten, [...] mit den Grundsätzen der Hilfeplanung nicht vereinbar und insofern gesetzeswidrig [sind]“ (Wiesner/Schmid-Obkirchner 2011).

„Kinderrechte sind kein Sparposten. Sie sind die Grundlage einer funktionierenden Demokratie und Voraussetzung für gesellschaftliche Stabilität.“

1. Warum jetzt gehandelt werden muss

- Kinder- und Jugendhilfe ist kritische Infrastruktur: Sie schützt Kinder, unterstützt Familien, stabilisiert Lebensläufe und beugt teuren Krisen vor.
- Kommunen sind am Limit – 85 % der Ausgaben trägt die kommunale Ebene, vielerorts über Schulden.
- Fachkräfte fehlen - Überlastung, Krankheitsraten und Nachwuchsmangel gefährden Handlungsfähigkeit.
- Gesellschaftliche Risiken steigen – Armut, psychische Belastungen, Bildungsungleichheit nehmen zu.

2. Politische Kernforderungen

Forderung 1: Schutz und Teilhabe garantieren: Keine Einsparungen im Kinderschutz, in Prävention, Inklusion und Familienunterstützung.

Forderung 2: Fachkräfteoffensive 2030: Personalbemessung (§ 79 SGB VIII), bezahlte Praktika, duale Studiengänge an staatlich refinanzierten Hochschulen, gebührenfreie Ausbildung, Entlastung durch Verwaltungspersonal und Digitalisierung.

Forderung 3: Kommunen handlungsfähig machen: Beteiligung des Bundes an Pflichtaufgaben, Dynamisierung von Förderprogrammen, faire Konnexität.

Forderung 4: Strukturen modernisieren – agile, intersektorale Zusammenarbeit und Entbürokratisierung fördern sowie unabhängige Beschwerdestellen einrichten, die nicht nur Adressat:innen, sondern auch den Fachkräften der Jugendämter zur Verfügung stehen.

Forderung 5: Kinderschutz umfassend denken – durch wirksame Prävention, Stärkung von Familien, konsequente Sicherung der Kinderrechte und die Einführung eines verpflichtenden Kinderschutz-Moduls für alle Berufsgruppen, die mit Kindern arbeiten (vgl. JFMK-Beschluss 2022).

Forderung 6: Schaffung des Amtes eines/einer Kinderbeauftragten: Umsetzung der Empfehlung des UN-Kinderrechtsausschusses „eine Stelle auf Bundesebene mit entsprechenden Strukturen auf Landesebene zu schaffen oder zu benennen, welche für die wirksame Überwachung und Koordinierung aller mit der Umsetzung des Übereinkommens verbundenen Maßnahmen [...] verantwortlich ist.“ (UN-Kinderrechtsausschuss 2022, S. 3).

3. Konkrete nächste Schritte

- I. Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission „Kinderrechte und Jugendhilfe sichern“.
- II. Aufbau eines bundesweiten Monitorings zu Personal, Qualität und Versorgungslücken.
- III. Entwicklung kommunaler Gesamtstrategien für Prävention und Inklusion.
- IV. Einbindung der Kinderkommission und Kinderbeauftragten in die Reformprozesse.

4. Was auf dem Spiel steht

Wenn jetzt nicht gehandelt wird, droht ein schleichender Systemkollaps: Schutzaufträge bleiben unerfüllt, Familienhilfen werden gekürzt, Kinderrechte unterlaufen. Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheidet sich daran, wie wir heute mit unseren Kindern umgehen. Die aktuelle Studie „Jugend in Deutschland“ zeigt, dass „Der Glaube an das politische System [...] in der jungen Generation stark erschüttert [ist], weshalb sich viele junge Menschen alternativen oder radikalen Kräften zuwenden. Diese Entwicklung ist [...] ein Zeichen tiefer Enttäuschung. Sie fühlen sich von der Politik nicht repräsentiert“ (Schnetzer/Hampel/Hurrelmann 2025). Vor diesem Hintergrund ist die Investitionen in Schutz und Teilhabe junger Menschen eine Investition in die demokratische Daseinsvorsorge.

„Setzen Sie ein klares Signal: Kinderrechte sichern, Fachkräfte stärken, Kommunen entlasten. Schutz und Teilhabe dürfen nicht dem Rotstift geopfert werden.“

Quellen:

BAG ASD / ism gGmbH (2025): Dokumentation 2. Expert*innenrat; <https://www.bag-asd.de/>

BT-Drucksache 11/5948: Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts, 01.12.89

Schnetzer, Simon/Hampel, Kilian/Hurrelmann, Klaus (2025): Jugend in Deutschland - Zwischen Enttäuschung und Zuversicht, <https://www.uni-potsdam.de/de/nachrichten/detail/2025-05-20-zwischen-enttaeuschung-und-zuversicht-trendstudie-jugend-in-deutschland-2025>, Zugriff 04.11.25

UN-Kinderrechteausschuss (2022): Abschließende Bemerkungen zum kombinierten fünften und sechsten Staatenbericht Deutschlands, unter: https://www.kinderrechte.de/fileadmin/Redaktion-Kinderrechte/1_Kinderrechte/1.7_Staatenberichte/Concluding_Observations_DEU_Fassung.pdf, Zugriff: 05.11.25

Wiesner/Schmid-Obkirchner 2011 zit. in: Nonninger, Sybille/Meysen, Thomas: Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII); in: Merchel, Joachim (Hg.): Handbuch Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD), 2. A. München 2015, S. 88 – 138